

# Niederschrift

## SOZ/002/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses  
der Stadt Rheine  
am 27.01.2026

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

### Anwesend als

#### Vorsitzende:

Frau Tatjana Lücke	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzende
--------------------	-----	--------------------------

#### Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Frau Sarah Böhme	SPD	Ratsmitglied
Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	FDP/UWG	Sachkundige Bürgerin
Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzende
Frau Lucy Korbanek	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Günter Maaß	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sandra Matzelle	CDU	Ratsmitglied
Frau Carina Tiekötter	SPD	Ratsmitglied

#### beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es	Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

**Vertreter:**

Herr Dario Aufderlandwehr	CDU	Vertretung für Herrn Max Kuhnt
Frau Vanessa Roß	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Kimberly Krull
Herr David Steinemann	AfD	Vertretung für Frau Laura Grasler
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Simone Berkmann

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke	Leiterin Fachbereich 8
Frau Lena Ellenberger	Sozialplanerin
Frau Andrea Gedicke	Seniorenarbeit
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen	Stabsstelle Sozialdezernat
Frau Alice Kibe	Praktikantin
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Laura Grasler	AfD	Ratsmitglied
Frau Kimberly Krull	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Max Kuhnt	CDU	Sachkundiger Bürger

Frau Lücke eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

1. Niederschrift Nr. SOZ/001/2025 über die öffentliche Sitzung am 03.12.2025

Herr Gausmann gibt an, dass Nachfolgendes dem Protokoll hinzufügen werde:

- Seite 2, nach dem Satz „Frau Lücke eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine“:

Sie führt mit guten Wünschen für die neue Ratsperiode und der Hoffnung auf eine gute, konstruktive und sachliche Zusammenarbeit in die Sitzung ein. Dabei betont sie, dass gerade in einem Ausschuss, der sich mit sozialen Fragestellungen und den Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt befasst, ein respektvoller, grenzachtender und dialogfreudiger Austausch unverzichtbar sei. Sie freut sich auf die kommenden Sitzungen und auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

- Seite 4 unter TOP 5 „Einwohnerfragestunde“ mit der Diskussion über die Beiräte:

Der Jugendhilfeausschuss habe auf Antrag der SPD Fraktion Rheine einstimmig die Empfehlung für den Rat beschlossen, die Anzahl der Beiratsmitglieder von 12 auf 14 zu erhöhen.

- Seite 7 unter TOP 11 „Einheitliche Richtlinie für die Beiräte der Stadt Rheine“, Vorlage 652/25:

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass die Stadtteilbeiräte mit den politischen Beiräten für Familie, Senioren und Menschen mit Behinderung vergleichbar seien. Hier gebe es nur 12 Mitglieder.

Frau Böhme bringt eine weitere Anmerkung zur Seite 13, TOP 14 „Beratung Stellenplan 2026, Sonderbereich 2 – Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit“, Vorlage 603/25, ein. Dabei bezieht sie sich auf den Antrag der CDU Fraktion auf Kenntnisnahme, dem die Mitglieder der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Alternative für Deutschland (AfD) und der Fraktion FDP/UWG Rheine gefolgt seien. Sie bittet um Ergänzung ihrer Wortmeldung, dass die SPD Fraktion Rheine ihre fachlichen Hausaufgaben gemacht habe und den Vorlagen (TOP 14, 15, 16 und 17) grundsätzlich zustimmen könne.

## 2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann berichtet, dass der Rat die Richtlinien für die Beiräte beschlossen habe, welche aus 14 Mitgliedern bestehen sollten. Die Ausschreibung für die Beiräte laufe derzeit und ende am 01.03.2026. Diese sei sowohl in der Presse als auch in den amtlichen Bekanntmachungen veröffentlicht worden. Nach Abschluss der Ausschreibung werde eine Sichtung erfolgen. Gemäß den Grundsätzen zur Bildung der Beiräte würden jeweils eine Vertretung der Fraktionen sowohl für die Bildung des Seniorenbeirates als auch des Beirates für Menschen mit Behinderung sowie des Beirates für Familien eingeladen. Er schlägt vor, dass die Fraktionsvorsitzenden jeweils ein Mitglied benennen. Zusätzlich schlägt er vor, die Vorsitzenden des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses oder deren Vertretungen in die Arbeitsgruppe einzubinden, um eine umfassende Besetzung sicherzustellen.

Er berichtet weiter, dass am 13.01.2026 eine erste Sitzung der Lenkungsgruppe zum Thema Inklusion stattgefunden habe. An dieser hätten die Verwaltung, Herr Meier als Vorsitzender des Beirates für Menschen mit Behinderung, Frau Lücke als Vorsitzende des Sozialausschusses sowie Frau Reinke als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses teilgenommen. In der Sitzung sei beschlossen worden, zunächst mit der Kinder- und Jugendarbeit zu beginnen, um diesen Teilaktionsplan umzusetzen. Im Rahmen der Sitzung habe eine intensive Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten Inklusion, Exklusion und Integration stattgefunden, wobei auch die UN-

Behindertenrechtskonvention thematisiert worden sei. Er kündigt an, die dazugehörige Power-Point-Präsentation dem Protokoll (**Anlage 1**) beizufügen, um allen Beteiligten eine einheitliche Informationsgrundlage zu bieten.

Er informiert zudem über die geplante Inklusionskonferenz, die am 12.05.2026 stattfinden werde. Es sei geplant, dass am Vormittag allgemeine Fragen zur Inklusion behandelt würden und am Nachmittag der hauptpolitische Teil stattfinde. Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit würden sich speziell mit den Fragen der Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Einwohnerfragen.

### **4. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung**

Herr Meier erklärt, dass keine Sitzung stattgefunden habe. Es werde auf die Konstituierung gewartet, um zu sehen, wer in diesem Gremium vertreten sein werde.

### **5. Informationen aus dem Seniorenbeirat**

Frau van Es informiert, dass das Gremium des Seniorenbeirats neu gebildet werde und sich derzeit im Bewerbungsverfahren befinde. Bis zur Neubesetzung behalte das bisherige Gremium seine Funktion. Sie führt aus, dass das Gremium verkleinert werde, was jedoch seitens des Seniorenbeirats auf Ablehnung stoße.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe (AG) Einsamkeit berichtet sie von der Gründungsversammlung des Netzwerks „Gegen Einsamkeit im Alter“, die am 15.01.2026 im Basilikaforum stattgefunden habe. Diese Initiative sei von der KAB Paulus Stiftung in Rheine unter Beteiligung des Seniorenbeirats ins Leben gerufen worden und ziele darauf ab, die im Sozialbericht Senioren der Stadt Rheine 2024 festgestellte Einsamkeit zu bekämpfen. Sie kündigt an, dass im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche „Gemeinsamkeit gegen Einsamkeit“ vom 22. bis 28.06.2026 in Rheine ein Kaffeemobil als mobiler dritter Ort unterwegs sein werde, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Zur AG Mobilität erklärt sie, dass eine Neuauflage der Veranstaltung „Fit in den Frühling“ geplant sei. Es sollten zwei Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Kolping stattfinden: eine am 27.03.2026 in der Familienbildungsstätte und eine am 21.03.2026 auf dem Schulhof der Johannesschule. Geplant seien ein Parcours und ein Simulator, um den Umgang mit dem Fahrrad nach der Winterpause oder nach einer Neuanschaffung zu üben.

Im Bereich der AG „Den Tod ins Leben lassen“ berichtet sie, dass ein weiterer Termin der Veranstaltungsreihe „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit Thomas Primus für den 11.03.2026 in der Familienbildungsstätte geplant sei. Sie verweist darauf, dass im vergangenen Jahr vier Veranstaltungen stattgefunden hätten, davon zwei in der Familienbildungsstätte und zwei in Mesum. Besonders hebt sie eine Veranstaltung im November 2025 hervor, die sich mit dem Thema „Tod und Trauer“ befasst und den Umgang mit Kindern in Abschieds- und Trauersituationen thematisiert habe. Diese Veranstaltung sei von der ausgebildeten Trauerbegleiterin Christa Grund geleitet worden und habe knapp 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angezogen. Sie sei als Kooperationsveranstaltung des Familienbeirats, des Seniorenbeirats der Stadt Rheine und der Familienbildungsstätte durchgeführt worden.

Zum Projekt „Kino“ merkt sie an, dass dieses weiterhin sehr gut angenommen werde.

Hinsichtlich des Projekts „Taschengeldbörse“ weist sie darauf hin, dass es eine hohe Anzahl an interessierten Schülerinnen und Schülern gebe, es jedoch an Seniorinnen und Senioren mangle, die sich beteiligen würden. Sie appelliert an die Anwesenden, dieses Projekt zu unterstützen.

## **6. Informationen aus dem Familienbeirat**

Herr Bögge erklärt, dass der Familienbeirat seit der letzten Sitzung des Sozialausschusses nicht getagt habe. Die nächste Sitzung sei für den kommenden Donnerstag angesetzt und werde die letzte Sitzung in der bisherigen Besetzung des Beirates sein.

Er führt aus, dass es bezüglich der geplanten Verkleinerung der Beiräte Gespräche unter den Mitgliedern gegeben habe und thematisiert deren Unzufriedenheit. Er erklärt, davon auszugehen, dass die Mitglieder, die in der zukünftigen Besetzung des Beirates tätig sein würden, weiterhin konstruktiv mit dem Sozialausschuss zusammenarbeiten würden.

## **7. Arbeits- und Projektplanung 2026 für den Sozialausschuss Vorlage: 013/26**

Herr Gausmann erläutert, dass die Arbeits- und Projektplanung – wie in jedem Jahr – neben den regulären Tagesordnungspunkten wie Berichtswesen und Haushaltsplanung auch inhaltlich umfangreich gestaltet sei. Die Planung umfasse Themen wie die Seniorenarbeit, die Gliederung des Sozialberichtes sowie die Richtlinien zur Inklusion, die im November erneut diskutiert werden sollten. Die aktuelle Planung bilde lediglich die Themen ab, die zum jetzigen Zeitpunkt bekannt seien. Er weist darauf hin, dass möglicherweise einzelne Themen auf spätere Sitzungen verschoben werden müssten. Zudem sei zu erwarten, dass unterjährig Fraktionsanträge eingebracht würden, die in die Planung integriert werden müssten.

Frau Tiekötter bezieht sich auf den vierten Themenschwerpunkt (*„Umsetzungsstand Einrichtung kurzfristiger teilstationärer Übernachtungsplätze im Kremer-Haus“*) und äußert, dass es der SPD Fraktion Rheine nicht nur um das Kremer-Haus gehe, sondern um die Bedeutung des gesamten Themas Obdachlosenhilfe. Dabei gehe es auch darum, Aspekte in die Diskussion aufzunehmen, wie etwa die Unterstützung obdachloser Menschen mit Tieren, die Bereitstellung von Hygiene- und Schließfachmöglichkeiten sowie um die Problematik, dass junge Menschen häufig keinen Zugang zu diesen Hilfsangeboten finden. Der SPD Fraktion Rheine gehe es in der Ergänzung um einen weiteren übergeordneten Tagesordnungspunkt zum Thema Wohnungslosen-/Obdachlosenhilfe, der im Fachausschuss diskutiert werden solle.

Frau Floyd-Wenke stellt eine Frage zur Optimierung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich des SGB II. Sie erkundigt sich, ob die Änderungen – insbesondere in Bezug auf die Beschäftigten, deren Aufgaben und Auslastung – bereits in der nächsten Sitzung thematisiert werden könnten.

Herr Gausmann erklärt, dass dies in der nächsten Sitzung nicht möglich sei, da die Verhandlungen mit dem Kreis Steinfurt zu den Kooperationsstrukturen noch nicht abgeschlossen seien. Er schlägt vor, im April einen Sachstandsbericht vorzulegen, wobei noch nicht entschieden sei, ob dies in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung geschehen werde.

Auf die Anregung von Frau Tiekötter gibt er an zu prüfen, ob das Thema bei einem vorhandenen Tagesordnungspunkt (TOP), wie bei den sozialen Einrichtungen, als weitergehender Punkt ergänzt werden könne oder ob hierfür ein eigener TOP erstellt werde, wie es die SPD Fraktion Rheine favorisieren würde.

## **Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Arbeits- und Projektplanung 2026 zur Kenntnis.

## **8. Sozialbericht Rheine – Schwerpunkt Bildung und AK Sozialbericht Vorlage: 012/26**

Herr Gausmann erklärt, dass die ersten Kapitel der Gliederung des Berichts thematisch bereits bekannt seien, da sie den Gliederungen der Sozialberichte „Wohnen“ sowie „Armut“ entsprächen. Ziel sei es, eine vollständige Berichtsreihe für die Jahre 2023 bis 2025 abzubilden, um statistische Vergleiche zu ermöglichen. Er betont, dass die Datenmenge nicht unkontrolliert wachsen solle, um die Berichte handhabbar zu halten. Der Schwerpunkt des aktuellen Berichts liege auf Bildung, wobei sowohl schulische als auch außerschulische Bildung berücksichtigt würden. Themen wie „Lebenslanges Lernen“, „Zielgruppenansprache“ und der „Masterplan Erwachsenenbildung“ (Beauftragung derzeit parallel im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport) seien ebenfalls relevant. Abschließend solle der Bericht eine durch eine politische Begleitgruppe erarbeitete Zusammenfassung mit Empfehlungen zur gerechten Bildung enthalten.

Herr Azevedo schlägt vor, anstatt den Sozialausschuss und den Ausschuss für Schule, Bildung und Sport (SBS) gleichrangig zu setzen, die Federführung dem SBS zu übertragen, da das Thema Bildung dort besser aufgehoben sei.

Frau Böhme widerspricht und betont, dass es sich um einen Sozialbericht handle, der im Sozialausschuss verankert sei. Sie hebt hervor, dass es um Bildungsgerechtigkeit gehe und die Zusammenarbeit beider Ausschüsse notwendig sei, da beide Fachexpertisen einbrächten.

Sie fragt, ob die Bevölkerungsstruktur (Punkt 2 der Gliederung) quartiersbezogen dargestellt und mit den Angeboten verknüpft werde. Des Weiteren fragt sie, ob die Daten zu Kindern in Bedarfsgemeinschaften (Punkt 4.3 der Gliederung) nach Altersklassen differenziert würden, wie es zum Beispiel auf Bundesebene der Fall sei. Die Bedarfe von Kita-Kindern seien anders als die von Jugendliche.

Zudem möchte sie wissen, ob für die politische Begleitgruppe je eine Vertretung pro Fraktion für den Sozialausschuss und je eine für den SBS oder eine gemeinsame Vertretung für beide Ausschüsse benannt werden solle.

Frau Dr. Hovestadt betont, dass seit 2022 durch die Sozialplanerin eine umfassende Datensammlung erstellt worden sei.

Herr Doerenkamp bezieht sich auf die Begründung der Vorlage, insbesondere den zweiten Satz im 4. Absatz: *„Sowohl im individuellen Lebensverlauf als auch in der gesamtgesellschaftlichen Relevanz des Landes ist eine möglichst hohe Bildung in Form von Kompetenzen, von Zertifikaten sowie von Fachkräften erstrebenswert.“* Er äußert, dass er diese Formulierung für missverständlich halte, da es nicht erstrebenswert sei, dass jede Person die höchstmögliche Bildung erreichen solle, wie etwa die eines Universitätsprofessors. Er schlägt vor, eine andere Formulierung zu wählen.

Frau Floyd-Wenke widerspricht Herrn Doerenkamp und verteidigt die Formulierung, da sie die individuellen Möglichkeiten betone. Sie spreche sich entschieden gegen die Übertragung der Federführung an den SBS aus, da der Sozialbericht umfassendere Aspekte als nur die schulische Bildung abdecke. Der Sozialausschuss habe die Kompetenz, die sozialen Aspekte des Be-

richts zu bearbeiten, während die Kompetenzen des SBS sich hauptsächlich auf die gesetzlichen Richtlinien beschränken, die durch das Land festgelegt würden.

Herr Gausmann gibt an, dass eine Diskussion, ob ein Kind im Kindergartenalter nach abgegebener Bedarfsfeststellung ausreichend Unterstützung erhalte, nicht zielführend sei, da es Bundesrecht sei und somit nicht von der Stadt Rheine beeinflusst werden könne. Er bestätigt, dass quartiersbezogene und nach Altersklassen aufgeschlüsselte Daten zur Verfügung gestellt würden. Für bestimmte Altersgruppen seien quartiersnahe Bildungsangebote sowohl im Kleinkindbereich als auch im Bereich älterer, mobilitätseingeschränkter Personen wichtig.

Zu der Frage von Frau Böhme erläutert er, dass die Begleitgruppe aus je einem Mitglied pro Fraktion aus beiden Ausschüssen bestehen solle, um sowohl die Bildungs- als auch die sozialen Aspekte berücksichtigen zu können.

Frau Böhme plädiert dafür, den Beschlussvorschlag der Verwaltung hinsichtlich der Federführung unverändert zu beschließen.

Frau Dr. Hovestadt äußert, dass es ihr wichtig sei, dass beide Ausschüsse an der Planung im Arbeitskreis beteiligt würden und die gewonnenen Ergebnisse genutzt würden, unabhängig davon, wer die Federführung bekomme.

Frau Lücke kommentiert, dass sie sich dem anschließe, da es sich um eine gleichberechtigte Beschlussfassung handle. Auch bei der Erstellung des Aktionsplans Inklusion sei aus dem Sozialausschuss heraus die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen worden.

Herr Azevedo argumentiert erneut für die Federführung durch den SBS, da dies die Entscheidungsfindung erleichtere und die Reihenfolge der Beschlüsse klarstelle. Die Mitarbeit beider Ausschüsse sei jedoch unstrittig.

Frau Floyd-Wenke argumentiert, dass es sich um einen Sozialbericht handle und Bildung demnach dem Sozialbereich untergeordnet sei.

Herr Doerenkamp äußert, die Politik habe sich zu Beginn dieser Legislaturperiode auf die Regelung geeinigt, dass ein Ausschuss die Federführung übernehmen solle. Er betont, dass die Thematik Bildung in die Kompetenz des SBS falle und schlägt im Namen der CDU vor, dass der SBS die Federführung übernehme. Dieser solle auf die fachliche Vorberatung des Sozialausschusses vertrauen und seine eigenen Aspekte mit einbringen.

Frau Lücke erwidert, dass in der vom Rat beschlossenen Zuständigkeitsordnung vorgesehen sei, dass in der Regel ein Ausschuss entscheiden solle, was jedoch nicht „ausschließlich“ bedeute.

Frau Böhme hält dagegen, dass der Sozialbericht thematisch im Sozialausschuss verankert sei und die Gliederung dies widerspiegele. Sie plädiert dafür, die Beschlussvorlage unverändert zu lassen.

Herr Gausmann betont, dass zur Berücksichtigung der sozialen und bildungsbezogenen Aspekte beide Ausschüsse einbezogen werden müssten. Er geht detailliert auf die unterschiedlichen Themenbereiche ein und erklärt, dass im Idealfall aus der Arbeitsgruppe eine Handlungsempfehlung für ein gemeinsames Maßnahmenpaket abgeleitet werde. Für dieses Maßnahmenpaket sei der SBS federführend, da dieser die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen müsse. Letztlich werde die Handlungsempfehlung dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt, da das Thema weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen habe.

Auf die Frage von Frau Tiekötter antwortet er, dass der Statistikteil auch jugendrelevante Themen enthalten werde, wie etwa aus der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit oder der Gesundheitsstatik zur Einschulung des Gesundheitsamtes. Da dieser Teil nicht beeinflussbar sei, sehe er hier keine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses. Der Sozialausschuss solle seine Expertise in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und soziale Herausforderungen an Bildung einbringen, der SBS in Bezug auf Schulbildung/Schulformen und spezifische Anforderungen in Schulen. Die Verwaltung werde schulspezifische Daten, soweit sie nicht dem Datenschutz widersprüchen, einbeziehen, wie etwa zum Thema Lebenslanges Lernen aus dem Masterplan der Erwachsenenbildung oder dem dezentralen Lernen für Personen mit sozial benachteiligtem Hintergrund.

Nach einer weiteren ausführlichen Diskussion wird über den Antrag der CDU abgestimmt, die Federführung dem SBS zu übertragen (siehe Beschluss).

#### **Geänderter Beschluss:**

1. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport, die Verwaltung zu beauftragen, den Sozialbericht Rheine mit dem Schwerpunkt Bildung auf Grundlage der vorgestellten Gliederung zu erstellen.
2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport, die Verwaltung zu beauftragen, einen Arbeitskreis Sozialbericht mit je einer Vertretung aller Fraktionen, sowohl aus dem Sozialausschuss als auch aus dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport, zu gründen, der den Schwerpunkt Bildung begleitet.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen  
(11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

#### **9. Sozialbericht Senioren Vorlage: 018/26**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Frau Tiekötter erinnert an die Diskussion im letzten Sozialausschuss über den demografischen Wandel und die damit einhergehenden Herausforderungen, wie den Wegfall von Gemeindehäusern. Sie regt an, frühzeitig Gespräche mit den Kirchen zu führen, um Begegnungsstätten in den Quartieren zu schaffen oder zu erhalten.

Frau Floyd-Wenke betont, dass die Seniorenarbeit eine Pflichtaufgabe sei. Viele Seniorinnen und Senioren seien oft nicht in der Lage, die Kosten der Taschengeldbörse für längere Begleitungen, wie etwa zu Arztterminen, zu tragen. Sie schlägt vor, ein Meinungsbild bei der Taschengeldbörse über die Begleitdienste einzuholen, um gegebenenfalls einen Antrag für eine Handlungsempfehlung einzubringen.

Herr Doerenkamp bezieht sich auf die Formulierung im Kapitel „Förderrichtlinien“ des Berichts. Er kritisiert, dass die Richtlinien als Ermöglicher sozialer Teilhabe dargestellt würden, obwohl diese durch die ehrenamtlichen Akteure vor Ort geleistet würde. Die Richtlinien würden lediglich unterstützen. Er bittet um eine entsprechende Korrektur im Bericht.

Herr Gausmann sichert zu, die Formulierung künftig präziser zu gestalten.

Er geht auf die Anregungen von Frau Floyd-Wenke und Frau Tiekötter ein. Er erläutert, dass der Sozialbericht Senioren diesmal von einem externen Institut erstellt worden sei, dass Schwerpunktthemen definiert habe. Die Tätigkeiten des Seniorenbeirates seien nicht im Detail aufgeführt worden. Das Thema „Einsamkeit“ sei nur angerissen worden und der Ausschuss werde sich aufgrund des demografischen Wandels und des Wegfalls familiärer Strukturen intensiver damit beschäftigen müssen. Er verweist auf den Entlastungsbeitrag von 132 Euro, der nach einer Entscheidung von Minister Laumann nicht mehr ausschließlich für professionelle Pflegedienste vorgesehen sei, und schlägt vor, diesen auch für Begleitdienste zu nutzen. Zudem nennt er weitere zu bearbeitende Themen, wie die Unterstützung pflegender Angehöriger, Depression im Alter und digitale Teilhabe.

Frau Wiggers ergänzt, dass sich die Seniorenarbeit in Rheine mit dem Konzept der Seniorenlotsen befassen werde und dieses dem Sozialausschuss vorgestellt werden solle.

Frau Dr. Hovestadt weist darauf hin, dass nach § 71 SGB XII die Seniorenarbeit in die Zuständigkeit der örtlichen Sozialhilfeträger falle. Sie regt an, mehr Informationen über einzelne Projekte wie Erste-Hilfe-Kurse für Senioren oder den Rikscha-Verein bereitzustellen.

Herr Gausmann erwidert, dass der § 71 SGB XII keine pflichtige Leistung der Kommune vorsehe und Rheine kein Sozialhilfeträger sei. Die Altenhilfeplanung an sich sei eine pflichtige Leistung des Kreises und der pflichtige Teil für eine Kommune ergebe sich aus der Gemeindeordnung, da diese für die grundsätzliche Daseinsvorsorge ihrer Bürgerinnen und Bürger – somit auch für die Seniorinnen und Senioren – zuständig sei.

Er betont, dass nicht alle Aktivitäten in Rheine im Bericht aufgeführt seien, und schlägt vor, am Jahresende eine umfassende Übersicht der geförderten Veranstaltungen zu erstellen.

Nach dem Dank von Frau Lücke für die in der Seniorenarbeit und dem Seniorenbeirat tätigen Menschen hebt Frau Gedicke die Bedeutung von Kooperationen mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren wie dem Caritasverband, der Volkshochschule und der Familienbildungsstätte hervor. Sie erläutert, dass das Projekt „Seniorenlotsen“ dazu beitragen solle, ältere Menschen besser zu informieren und zu unterstützen.

Herr Maaß weist darauf hin, dass viele Seniorinnen und Senioren nicht ausreichend über die Vielzahl der Angebote für ältere Menschen in Rheine informiert seien und schlägt vor, Vereine einzubinden, um ältere Menschen zu informieren.

Herr Gausmann gibt an, dass die Informationsweitergabe eine zentrale Herausforderung darstelle, insbesondere für isolierte Personen. Er entgegnet, dass Vereinsmitglieder in der Regel nicht zu den isolierten Personen gehörten. Er betont die Notwendigkeit aufsuchender Arbeit und verweist auf die geplante Quartiersarbeit.

Frau Wiggers ergänzt, dass das Netzwerk gegen Einsamkeit im Alter sich ebenfalls mit dieser Problematik befassen werde.

Frau Lücke verweist auf Beispiele aus anderen Kommunen, in denen ärztliche Netzwerke genutzt würden, um einsame Menschen zu erreichen.

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Berichterstattung zum Rückblick 2025 und den Ausblick 2026 bezüglich der offenen Seniorenarbeit zur Kenntnis.

**10. Anpassung der Nutzungs- und Entgeltordnung Begegnungszentrum Mitte 51  
Vorlage: 001/26**

Frau Gehrke erläutert, dass das Begegnungszentrum Mitte 51 wöchentlich etwa 1.100 Menschen anziehe und ein zentraler Ort der Begegnung für verschiedene Altersgruppen sei. Der Fokus dieser Vorlage liege jedoch auf den Rahmenbedingungen, die ehrenamtliche Aktivitäten unterstützen sollten. Sie führt aus, dass das Zentrum seit 2019 in Betrieb und 2023 erweitert worden sei. Die Nutzungs- und Entgeltordnung sei stets mit dem Ziel verabschiedet worden, eine moderate und sozialverträgliche Nutzung zu ermöglichen. Aufgrund der Erfahrungen der letzten sechs Jahre und der unterschiedlichen Nutzungsintensitäten der Räumlichkeiten schlage die Verwaltung eine moderate Anpassung der Entgelte vor. Die Stundensätze für nicht kommerzielle Veranstaltungen sollten um ein bis maximal 3 Euro erhöht werden. Zudem bestehe weiterhin die Möglichkeit, auf Antrag von der Entgeltzahlung befreit zu werden, was bisher jedoch nicht in Anspruch genommen worden sei. Sie schlägt vor, die Nutzungs- und Entgeltordnung alle fünf Jahre zu überprüfen und anzupassen, um Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu gewährleisten.

Abschließend weist sie auf eine Änderung in der Nutzungsordnung unter Punkt 6.5 hin, die es ermöglichen solle, rechtssicher Veranstaltungen von extremistischen Gruppierungen abzusagen. Diese Änderung werde auch auf andere Räumlichkeiten wie die Volkshochschule und schulische Einrichtungen ausgeweitet.

Frau Korbanek lobt das Begegnungszentrum als wichtigen sozialen Treffpunkt und erkundigt sich, ob die vorgeschlagenen Erhöhungen mit den Nutzergruppen abgestimmt worden seien, ob die zusätzlichen Einnahmen von 5.000 Euro direkt in die Pflege und den Betrieb des Zentrums fließen und wie die Ausnahmemöglichkeit bei den Kosten öffentlich kommuniziert werde. Zudem fragt sie, ob die 50 Euro für die Einweisung in die Mediennutzung nur für den großen Multifunktionsraum gelten oder auch für kleinere Räume.

Herr Doerenkamp bringt einen Antrag der CDU-Fraktion ein, die Pauschale für die Nutzung nur der Bühne von 25 Euro auf 30 Euro pro Woche zu erhöhen, um die gleichmäßige Erhöhung der Entgelte zu berücksichtigen.

Frau Böhme äußert, dass sie Verständnis für die Notwendigkeit der Anpassungen habe, eine Erhöhung der Bühnenpauschale könnte jedoch kleinere Vereine benachteiligen.

Frau Gehrke antwortet, dass die Entgeltordnung mit den Kostensteigerungen aufgrund der Erfahrungen des täglichen Betriebs vorgeschlagen werde. Diese sei den Nutzenden angekündigt worden und werde nach dem Ratsbeschluss bekanntgegeben. Die zusätzlichen Einnahmen würden direkt in die Instandhaltung des Zentrums fließen. Die Ausnahmemöglichkeit werde durch das Hausmanagement des Zentrums persönlich kommuniziert, da dies effektiver sei als eine allgemeine Veröffentlichung. Die 50 Euro für Mediennutzung seien durch den erhöhten Personaleinsatz bei der notwendigen Einweisung in die Technik des Multifunktionsraums begründet, um einen reibungslosen Ablauf von Veranstaltungen zu gewährleisten.

Frau Floyd-Wenke berichtet, dass es in einer Beiratsversammlung für die angekündigte moderate Anpassung der Entgeltordnung einvernehmliches Verständnis gegeben habe. Sie spreche sich gegen die Erhöhung der Bühnenpauschale aus, da das Angebot weiterhin attraktiv bleiben solle.

Frau Böhme ergänzt, dass sie die beantragte Erhöhung der Bühnenpauschale im Vergleich zu den anderen moderaten Anpassungen für unverhältnismäßig halte.

Herr Doerenkamp entgegnet, dass auch andere Entgelte um 20 Prozent erhöht würden und die Bühne hauptsächlich von der Niederdeutschen Bühne genutzt werde, die Eintrittsgelder erhebe und daher keine finanzschwache Gruppierung sei.

Frau Floyd-Wenke weist darauf hin, dass die Bühne nicht ausschließlich von der Niederdeutschen Bühne genutzt werde, sondern auch für andere Veranstaltungen wie Ausstellungen oder Präsentationen. Sie betont, dass das Begegnungszentrum umfassende Serviceleistungen biete, die über die reine Raumnutzung hinausgingen.

Frau Lücke lässt über den Beschlussvorschlag inklusive des weitergehenden Antrages der CDU Fraktion, die Bühnenpauschale von 25 Euro auf 30 Euro zu erhöhen, abstimmen (**siehe Beschluss**).

Herr Gausmann kündigt an, die Ergänzung zu dieser Vorlage mündlich im Rat am 03.02.2026 vorzutragen.

**Geänderter Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Nutzungs- und Entgeltordnung des Begegnungszentrums Dorenkamp – Mitte51 – zum 01.03.2026 in der vorgeschlagenen Form inklusive der Erhöhung der Bühnenpauschale von 25 Euro auf 30 Euro für die nächsten fünf Kalenderjahre zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen  
(9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

**11. Anfragen und Anregungen**

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

**Ende öffentliche Sitzung: 18:34 Uhr**

---

Tatjana Lücke  
Ausschussvorsitzende

---

Andrea Atrott  
Schriftführerin